

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.
Formul Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1580
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 146.

Sonnabend, 26. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Wermligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Zurückziehung des Verhinderungsgebetes.

Von unserem Berliner Vertreter.

an. Nichts kommt der Reichsregierung jetzt ungelegener als das neue Bemühen der Aufwertungsverbände, die erregte Stimmung in den Volkswirtschaften sich zunutze zu machen, um durch ein Volksbegehren eine veränderte Gesetzgebung in der Aufwertungsfrage zu erreichen. Mit der Regierung stimmen die Wirtschaft- und Finanzkreise vollkommen darüber überein, daß die Reichsfinanzen eine höhere Aufwertung ohne erheblichen Schaden nicht vertragen würden, und daß der Währungsverlust und eine neue Inflation die unabweislichen Folgen einer Aufwertung in der geforderten Höhe sein würden. Womit man, besonders in juristischen Kreisen, sich nicht einverstanden erklären konnte, war die Art und Weise, mit der die Reichsregierung dem beantragten Volksbegehren in der Aufwertung erfolgreich begegnen wollte. Sie legte dem Reichstag ein Verhinderungsgebet vor, das ausschließlich das Volksbegehren in der Aufwertung verbieten sollte.

Abgesehen von den juristischen Bedenken eines solchen Vorgehens bezweifelte man im Parlament die Möglichkeit, für das vorliegende Gesetz die verfassungsändernde Mehrheit zu erreichen zu können. Man hätte von der Reichsregierung verlangen können, daß sie einen größeren Zeitblick befaß und sich bei der schon an sich prekären Lage nicht noch mehr in eine Situation hineinmandrierte, die eine gefährliche Sackgasse zu versprechen drohte. Die Regierung folgte jedoch dem Rat der Koalitionsparteien nicht und bestand darauf, daß das Gesetz den Reichstag und Reichsrat passierte. Seit einigen Tagen steht das Gesetz auf der Tagesordnung des Reichstages. Zuerst gelang es der Regierungskoalition durch geschickte Operation, die Verhandlung zu vermeiden, bis am Donnerstag die Opposition die Unterstützung sich zunutze machte und durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit die Behandlung in der Freitagssitzung verlangte. Einmal Tages hätte sich die Aussprache doch nicht vermeiden lassen. Es war also gleich, ob das einen Tag früher oder später geschah. Trotzdem hätte die Mitte diese Niederlage vermeiden und auf der Spur sein müssen, bei Geschäftsordnungsdebatten und allen Abstimmungen stets so viele Abgestimmte im Saale zu halten, daß Ueberrumpelungen von Seiten der Opposition ausgeschlossen waren.

Regierung und Koalition kamen nach dieser für sie ungünstigen Abstimmung dahin überein, das ganze Gesetz vorläufig zurückzuziehen, um eine Aussprache über die Aufwertung zu verhindern. Auch dieser Schritt wird bei der Opposition keinen günstigen Eindruck hervorzurufen. Die Aufwertungsgruppen, die das Volksbegehren beantragt haben, werden ihre Agitation jetzt um viele Prozente leichter fortsetzen und in den Kreisen der Rentner und Sparers willigere Ohren finden als zuvor. Auf die Dauer ist es unhaltbar, dem Antrag auf ein Volksbegehren in der Aufwertung aus dem Wege zu gehen. Das Uebel wird nicht kleiner werden, wenn man ihm aus dem Wege geht. Die Regierung wird den Rat finden müssen, ihm mit allen Mitteln zu begegnen, die ihr durch die Verfassung gegeben sind. Die Anknüpfung eines neuen Verhinderungsgebetes hat überall große Verwunderung hervorgerufen, da man sich nicht erklären kann, auf welche Weise für dieses Gesetz eine Mehrheit geschaffen werden soll, da es immer wieder eine Verfassungsänderung in sich schließen muß, und vorläufig die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse keinen Ausweg eröffnen, der die Hoffnung auf eine Zweidrittelmehrheit rechtfertigt. Die Oppositionsparteien werden zu dieser Angelegenheit auch in Zukunft nicht schweigen. Man spricht im Parlament bereits von einer bevorstehenden Interpellation der Wirtschaft, die von den Sozialdemokraten unterstützt werden soll. Wie helfen die Lage ist, steht man daran, daß am Sonnabend ein interfraktioneller Ausschuss mit den Landesverbandsvorsitzenden der Rentnerverbände stattfinden soll, in dem die Rentnergesetgebung zur Sprache kommen soll. Die Koalition verfolgt hierbei das Ziel, die Rentnerinteressen von denen der Sparers zu trennen, um die Einheitsfront beider Gruppen zu durchbrechen.

Genfer Rüstungskomdie.

Nur Zeit tagt in Genf die maritime Subkommission der militärischen Unterkommission A. Ueber was sie sich schlüssig werden wollte, hängt eng mit dem Abrüstungsproblem zusammen. An die Materie selbst wagen sich die Verhandlungen allerdings noch nicht heran. Man kann das, aber das sich die Herren in Genf den Kopf zerbrechen, nur als eine rein geschäftsmäßige Vorbereitung der vielleicht einst doch noch Wirklichkeit werdenden Abrüstungskonferenz bezeichnen. Diesmal handelte es sich darum, den Schlüssel zu finden, nach dem man Kriegsschiffe verschiedener Länder mit anderen vergleichen kann. Auch in dieser doch immerhin nebensächlichen Frage fanden sich die Meinungen der an den Besprechungen beteiligten Mächten unverständlich gegenüber. Frankreich ist der Ansicht, daß man, um diesen Schlüssel zu finden, die gesamte Tonnage aller Fahrzeuge zusammenzählen müsse. England und Amerika vertreten wiederum den entgegengesetzten Standpunkt, der darauf hinausläuft, daß nur einzelne Schiffskategorien miteinander verglichen werden könnten. Trotzdem England und Amerika von Japan in dieser Ansicht unterstützt wurde, ergab die Abstimmung den Sieg Frankreichs. Vergänglich hatten

sich die letztgenannten drei Staaten darauf berufen, daß sie einen ähnlichen Vertrag schon abgeschlossen hätten. Wenn sie auch nicht zu erkennen gaben, um welchen Vertrag es sich handelt, so liegt es doch klar auf der Hand, daß nur das Washingtoner Abkommen gemeint sein kann. Frankreich entzweite die Begründung seiner Meinungsgegner mit der Feststellung, daß dieser Washingtoner Vertrag nur ein Spezialabkommen sei, daß es sich aber jetzt darum handeln müsse, den ganzen Fragentomplex in ein einheitliches System zu fassen. In der Abstimmung sprachen sich 11 Stimmen für die Gesamtkonzeption, das heißt für die Ansicht Frankreichs aus, sechs waren der gegenteiligen Meinung und zwei — Deutschland und Brasilien — enthielten sich der Stellungnahme. Es ist begreiflich, daß dieser Beschluß, den die Genfer Subkommission faßte, besonders in Amerika, wo man so vieles mit großer Skepsis den Genfer Abrüstungsverhandlungen gegenübersteht, große Mißstimmung hervorgerufen hat. Auch England wird aus der Regelung, die die Frage fand, eine Lehre zu ziehen haben. Allzu deutlich hat sich doch herausgestellt, wie stark der Einfluß Frankreichs im Völkerbund ist. So stark, daß sogar das machtpolitische Gewicht des großbritannischen Reiches nicht in die Waage fällt.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit dem Bericht eines Unterausschusses über Vorschläge und Maßnahmen zur besseren Organisation der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Nachdem Abg. Dörmann (Soy.) als Berichterstatter die Vorschläge des Unterausschusses erläuterte und die Annahme einer Entschädigung empfohlen hatte, in der die Reichsregierung erwidert wird, die vom Unterausschuss ausgearbeiteten Vorschläge durchzuführen, erklärte Abg. Dörmann (Dnt.) für seine Fraktion die Zustimmung zu dem wesentlichsten Teil der Entschädigung. Der Demokrat Abg. Lemmer wies daraufhin, daß die Arbeit des Unterausschusses nicht nach der parteipolitischen Schwablone durchgeführt worden sei. Politisch würden sich die Arbeiter erst dann scheiden, wenn es gelte, Mittel für die organische Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu empfehlen. — Abg. Wieber (Zr.) legte Wert darauf, daß die Kostenträger in so umfangreich gestaltet werden müßten, daß mindestens ein Viertel der Vollerwerbslosen damit beschäftigt werden könnten. Die Entschädigung des Unterausschusses wurde angenommen.

Die Mißstände bei der Branntweinmonopol-Verwaltung.

Abg. Berlin. In der Freitagssitzung des Reichstags-Untersuchungsausschusses für die Branntweinmonopol-Verwaltung erstattete Abg. Dr. Bremer (Dnt.) seinen Bericht über "Schwarzbrennereien, Schmuggel, Hinterziehungen, Preisrückstellungen". Er stellte fest, daß in den Jahren 1924/1926 im ganzen 6000 Fälle von Vergehen gegen die Bestimmungen des Branntweinmonopol-Gesetzes, also täglich etwa 10 Fälle aufgedeckt worden sind. Es handelt sich dabei um eine Gesamtmenge von 61 000 Hektoliter Deligeist und um eine hinterzogene Abgabesumme von 15 Millionen Mark. Wildernde Umstände könne man dabei nicht gelten lassen, da es sich überall nur um die Absicht handele, den Staat zu betrügen. Der Berichterstatter erörterte dann die drei Hauptgebiete der Vergehen: Vergehen auf dem Gebiete der Herstellung (Schwarzbrennereien und nicht angemeldete Geheimbrennereien), auf dem Gebiete der mißbräuchlichen Verwendung (Schiedungen) und Vergehen gegen die Zollgesetzgebung (Schmuggel). Der Berichterstatter kam zu dem Schluß, daß gegen die raffinierten Methoden des Schmuggels und der Schiedungen nichts anderes übrig bleibe, als eine möglichst scharfe Kontrolle und eine absolute Verschärfung der — in anderen Ländern viel höheren — Strafen. Der Ausschuss vertagte sich dann bis gegen Ende der Sommerferien.

Die deutsche Reichsbahn im ersten Vierteljahr 1926.

Nach dem Bericht über die Betriebsverhältnisse, Verkehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Deutschen Reichsbahn im Vierteljahr von Januar bis März 1926 betragen die Gesamteinnahmen 919 022 000 Mark, die Gesamtausgaben 1 028 658 000 Mark. Es war also eine Mehrausgabe von 109 636 000 Mark zu verzeichnen, die aus den Rückstellungen des Jahres 1925 gedeckt wurde. Gegenüber der Gesamteinnahme des ersten Vierteljahres 1925 bleibt die desgleichen Absumme im Jahre 1926 um 129 331 000 Mark zurück, d. h. 1926 brachte gegenüber dem Vorjahr eine Einbuße von 12,3 Prozent. Die Einnahmegerüstung ist, wie der Bericht bemerkt, die Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage. Im Güterverkehr entstanden bedeutende Einnahmehinrichnisse durch den außerordentlich hohen Bedarf an Kohlen für den Hausbrand und für Industriezwecke. Die Mindereinnahmen erforderten weitestehende Einschränkungen bei den Ausgaben. Zur völligen Deckung der Ausgabeverpflichtungen mußte die Rücklage aus 1925 in Anspruch genommen werden.

Das Hochwasser.

Der Dammbruch der Ober bei Niederlaaten hat einen beträchtlichen Umfang angenommen, daß es unendlich war, den Riß zu schließen. Die Arbeiter der Schwedier Garnison und der Technischen Hilfsmittel sind darauf gerichtet, die Bruchanten zu verketten, um ein weiteres Reißen zu verhindern. Man rechnet damit, daß die Ober bis Sonntag noch um weitere 15-20 Zentimeter steigen wird. Nach sachverständiger Schätzung dürfte es mindestens 14 Tage dauern, bis die Fluten sich verlaufen haben. — Die preussische Regierung besam das Finanz- und das Innenministerium als die in erster Linie beteiligten Ressorts, in deren Auftrag die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten Inspektionsreisen in die Hochwassergebiete unternommen haben, sorgen dafür, daß der Viehbestand in den Hochwassergebieten in Sicherheit gebracht wird. Außerdem sind alle Maßnahmen getroffen, um sofort in dringenden Fällen Lebensmittel zu überweisen. Der ganze Umfang der Katastrophe und damit der Umfang der notwendigen Hilfe wird sich frühstens in zwei Wochen übersehen lassen; vorausgesetzt, daß nicht neue Ueberflimmungen durch weiter andauernden Regen das Abfließen des Hochwassers noch verzögern.

Die Flut um Wittenberge.

In Schnakenburg arbeitet man Tag und Nacht an den gefährdeten Stellen des Garbedeiches. Man erwartet jeden Moment den Bruch des Deiches, wodurch ungefähr 13 000 Morgen Acker und Weiden überschwemmt würden. Jetzt treffen auch die ersten Meldungen über große Verluste von Großvieh ein. Täglich sieht man tote Kühe und Kalben dem Strom hinabtreiben. Oberhalb Wittenberge ist die Deichschaffenheit nicht so günstig. Hier macht die Blamratte, die durch Unterwühlung der Dämme das Erdreich zermürbt hat, den Anwohnern viel zu schaffen.

Hochwasser des Redar.

Im Bodenice-Gebiet gingen schwere Gewitter mit Wolkenbrüchen und Hagelschlag nieder. Bei Besau wurde ein 15 Jahre altes Mädchen vom Blitz erschlagen. Zahlreiches Vieh wurde erschlagen. Bei Ueberdorf tötete der Blitz an verschiedenen Stellen des Ortes zwei Personen, darunter eine Mutter von fünf Kindern. Ein Bergführer, der sich in der Nähe eines Bahngleises aufhielt, wurde gleichfalls getötet. Bei Schorndorf schlug der Blitz in ein zweistöckiges Haus, das bis auf die Mauer niederbrannte. In Reunhardt wurde ein Mann vom Blitz erschlagen. In anderen Orten wurden außerdem noch drei Personen vom Blitz getötet. — In Ehlingen wurden durch einen Wolkenbruch die Straßen in Seen verwandelt. Der Redar bei Rottenburg ist um 70 Zentimeter gestiegen. Die Fluten führen Federvieh, Schafe und Schweine mit sich. In Trochteltingen drang das Wasser meterhoch in die Räume der Getreidemühle ein. Das ganze Mühlenwerk wurde vernichtet. Aus allen Teilen des Landes halten die Meldungen über Wasser- und Gewitterschäden an. In manchen Gegenden waren die Felder in kurzer Zeit 10 Zentimeter hoch mit Schnee bedeckt.

Dammbruch bei Rüttrin.

Das schwere Hochwasser ist zwar immer noch nicht auf seinem Höchststand angelangt, aber die Schwellenlinie ist schon festzustellen und die Oberläufe der beiden großen Ströme melden heute vormittag bereits das Fallen des Wassers. Im Obergebiet wird die große Welle in den Mittagsstunden die Gegend von Frankfurt und Rüttrin erreichen. Gestern abend gab es in der Nähe von Rüttrin-Altstadt eine bedrohliche Situation. Etwa 1/2 Kilometer von den letzten Häusern entfernt kam der Damm ins Rutschen. Die Ghauffeebäume neigten sich auf der einen Seite, weil das Erdreich unter ihren Wurzeln weggespült wurde. Man legte sofort zahlreiche Arbeitskräfte ein, die unter der Leitung der gleichfalls alarmierten Pioniere an das Fällen der Ghauffeebäume gingen und mit den Ketten und Zweigen die bedrohten Stellen des Damms ausfüllten. In lieberhalter Arbeit gelang es auch den Damm zu halten. Der geirrigte Tag, der ohne Niederschläge verlaufen ist, hat die Hoffnung auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers ankommen lassen.

Dammbrüche bei Budapest.

Budapest. (Funkpruch.) Gestern nachmittag hat das Hochwasser der Donau die Schutzdämme bei den hauptsächlichsten Wasserwerken Uiget und Regger an mehreren Stellen durchbrochen. Das Wasser drang in 4 Kasen von Uiget ein, deren Bewohner ausquartiert werden mußten. Ueber 1000 Morgen karolischer Besitz sind unter Wasser.

Auflast

zur Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

Köln. Zur Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Köln haben sich am Freitag bereits mehr als 700 Verleger aus dem ganzen Reich hier eingefunden. Nachdem am Donnerstag der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger tagte, wurde am Freitag abend die Tagung mit einem von der Kölner Presse gegebenen zwangsläufigen Begrüßungsabend in den Räumen des Zoologischen Gartens eröffnet. Die Hauptveranstaltungen beginnen heute, während die Hauptversammlung des Zeitungsverlegervereins am Sonntag mittag stattfindet.

Ein Kabinettstück
bayrischer Brankunst ist

„Würzburger Hofbräu“

Man verlange Vertreter: Rich. Schwade
es überall. Riesa a. Elbe. Formul 49.